

Linksblick

Die Linke Zeitung vom Kreisverband für Teltow-Fläming

www.dielinke-tf.de

28. Jahrgang · 286. Ausgabe · Februar/März 2024

**Demos gegen
Rechts**

Seite 4 + 8

**Berichte aus den
Kommunalparlamenten**

Beilage »Einblicke«



Foto: Freepik

Erfolgreicher Wahlauftritt: Wir sind gut aufgestellt!

Das Spektrum der Erwartungen im Superwahljahr 2024 ist groß. Auch für unsere Partei ist es ein besonderes Jahr der Verantwortung. Linke Politik in und für Teltow-Fläming ist selbst bei günstigen Voraussetzungen kein Selbstläufer. Erfolge zu stabilisieren, erfordert besonders jetzt selbstbewusste Handlungsbereitschaft für Problemlösungen in schwieriger Zeit.

Unsere 15. Mitgliederversammlung im Kreisverband am 13. Januar hat zum Jahresanfang eindrucksvoll bekundet, mit linken Ideen das gesellschaftliche Leben mit demokratischen Perspektiven mitzugestalten. Der konkrete Beleg für diesen Willen zur Mitwirkung ist die Bereitschaft von über 50 Frauen und Männern in fünf Wahlkreisen für die Kreistagswahlen am 9. Juni 2024 zu kandidieren.

Mit Sorgfalt und Gründlichkeit haben die auf unserer Mitgliederversammlung Anwesenden die Bewerbungen aus den Wahlkreisen geprüft und die persönlichen Vorstellungen der Kandidierenden angehört. Emotio-

nal beeindruckend waren besonders die Motive bei der Begründung der persönlichen Entscheidungen für die Kandidaturen. So wie von Edeltraut Liese aus dem Wahlkreis 5 wurde mehrheitlich zum Ausdruck gebracht, dass die gegenwärtige Lage unserer Partei noch mehr den persönlichen solidarischen Einsatz in den Basisstrukturen erfordere. Mit ihrer langjährigen Lebens- und Parteierfahrung wollen beispielsweise Erika Dahlke aus dem Wahlkreis 1, Angelika Tepper aus dem Wahlkreis 2, sowie Dr. Margitta Haase im Wahlkreis 4 vertrauensvolle Ansprechpartner im Bürgerdialog bleiben. Für die Listenplätze im Wahlkreis 1 war zwischen zwei Bewerberinnen auf Platz drei eine Stichwahl erforderlich. Diese gewann mit deutlicher Stimmenmehrheit Franziska Lorenz. Im Übrigen wurden alle Listenvorschläge aus den Regionen von der Mitgliederversammlung bestätigt. Die Liste für die Stadt Baruth/Mark hat ebenfalls besondere Merkmale. Da die für eine eigene Parteistruktur nötige Anzahl dortiger Parteimit-

glieder zu gering ist, hat unsere Mitgliederversammlung die Listenaufstellung für Baruth übernommen. Ebenso hat unsere Versammlung den Kreisvorstand beauftragt, die Baruther Wahlkämpfer*innen bei der Erstellung ihres Wahlprogramms zu unterstützen und für dessen Beschluss zu sorgen. Aus Baruth/Mark wurden des Weiteren die dortigen Vorschläge für die Ortsbeiratswahl einstimmig bestätigt. Michael Ebell aus Baruth/Mark erläuterte auf unserer Versammlung anschaulich Schwerpunktaufgaben der Kommunalpolitik zum ÖPNV, zum notwendigen Neubau einer KITA in Paplitz und zur Umsetzung der Ortssatzung in Auseinandersetzung mit dem Denkmalschutz. Zu dem vom Kreisvorstand eingebrachten Wahlprogramm für Teltow-Fläming mit fünf Schwerpunkten wurden auf unserer Versammlung Vorschläge und Änderungsanträge eingereicht. Im Abstimmungsverfahren wurden Neuformulierungsvorschläge übernommen und bestätigt. Allgemeine Ergänzungs-

Thierisch gesehen



Foto: J.-P. Schulz

**Liebe Leser*innen,
liebe Genoss*innen,**

Hoffnung, Stolz und Dankbarkeit sind große Worte. Ich wähle sie bewusst, um auszudrücken, was ich bei den aktuellen Protesten und Demos der Menschen in Reaktion auf die bekanntgewordenen »Remigrationspläne« von AfD und Co. fühle. Der Widerspruch ist deutlich und laut, im ganzen Land. Und auch in unserer Region bekommt die AfD den Gegenwind der bisher leisen Mehrheit unserer Gesellschaft zu spüren. Ob in Luckenwalde, Rangsdorf, Zossen und vielen weiteren Orten: Gegen Rechts, nie wieder ist JETZT! Gut ist, dass hier die breite Masse der Menschen demonstriert, ob politisch engagiert, parteilich gebunden oder nicht. Von Anfang an waren wir als Linke unterstützend bei den Demos. Das ist gut und wirkt in beide Richtungen: Die Menschen sehen, dass Die Linke an ihrer Seite steht. Und wir als Linke sehen, dass unsere Positionen wahrgenommen werden. Das gibt Rückenwind für die bevorstehenden Wahlen!

Felix Thier
Kreisvorsitzender

Die Linke

Kreisverband
Teltow-Fläming

wünsche sowie Beispielaufzählungen aus den Regionen wurden nicht übernommen. Versammlungsleiter Roland Scharp und der Vorsitzende der Antragskommission, Felix Thier, empfahlen, das Kreiswahlprogramm für konkrete Vorhaben in den Städten und Gemeinden als Grundlage zu nutzen.

Der Leitantrag des Kreisvorstandes wurde als unser Wahlprogramm mit der Überschrift »Linke Politik für Teltow Fläming« bei nur einer Gegenstimme von fast allen bestätigt. Weitergehende politische Forderungen zur aktuellen Politik der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP sowie zur Unterstützung friedlicher Proteste gegen steigende Belastungen in allen Lebensbereichen wurden von uns in einem »Aufruf zur Solidarität« gemeinsam formuliert und beschlossen.

Für den Start in den Wahlkampf haben die Tagungsteilnehmenden fast 600 Euro gespendet.

Über sechs Stunden Beratungszeit haben eindrucksvoll bestätigt, Die Linke in Teltow-Fläming ist gut aufgestellt und bereit, die notwendige Kraftanstrengung für die demokratische Weiterentwicklung des Landkreises zu leisten.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde

Europa und Kommune

Aktuelles aus Brüssel

Es ist gut, dass in diesen Tagen hunderttausende Menschen vielfach selbstorganisiert auf die Straße gehen, um gegen die AfD, gegen rechte Kräfte insgesamt zu protestieren und sich symbolisch schützend vor Demokratie und Menschenrechte zu stellen. Diese Mobilisierung macht mir Mut, dass wir in einem entschlossenen – und gemeinsamen! – Kampf erfolgreich gegen die Rechtswende in Europa sein können. Denn auch in anderen europäischen Staaten gehen Tausende gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit demonstrieren. Für uns als Linke heißt das vor allem, konsequent jene Felder mit realistischen Konzepten und aktiven Entscheidungen zu beackern, die die Rechten für das Schüren von Ängsten und für ihre perfide Propaganda meinen nutzen zu können. Soziale Sicherheit für alle, eine ökologische Transformation und Klimapolitik, die nicht zu Lasten jener Menschen geht, die ohnehin immer weniger im Portemonnaie haben, eine Asyl- und Migrationspolitik, die verfolgten Menschen Schutz bietet und ebenso als Entwicklungsfaktor für Deutschland nutzbar sein kann. Nicht zuletzt: Eine Politik Deutschlands und der EU, die sich für Frieden

und Abrüstung, für diplomatische Konfliktlösungen und eine globale Sicherheitsarchitektur auf Basis von Gleichberechtigung und Völkerrecht einsetzt.

Sie haben sicherlich bemerkt, dass die EU den mehrjährigen **Beitrittsprozess** der West-Balkan-Staaten, der Ukraine und der Republik Moldau gestartet hat. Nun geht es um konkrete Reformen, die notwendigerweise in den bisherigen EU-Mitgliedsländern und in den Kandidatenländern anstehen. Wie also müssen die Gemeinsame Agrarpolitik oder die Struktur- und Regionalpolitik grundsätzlich neu entwickelt werden? Wie soll der künftige mehrjährige Finanzrahmen und die Haushaltspolitik entsprechend aufgesetzt werden? Viele Fragen stellen sich und noch viele mehr brauchen zur Beantwortung die aktive Einbeziehung der Bürger*innen und aller in der EU lebenden Menschen – partizipative Demokratie in Aktion! Mit der bevorstehenden Neuwahl des Europäischen Parlaments ist auch die Frage der **Repräsentanz der europäischen Bürger*innen** in die Entscheidungsprozesse der EU verbunden. Wenn ich mit Menschen darüber rede, was die EU für sie



Foto: Uwe Voelkner/VOX

Kontakt

Helmut Scholz, MdEP
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-71889
Telefax: 030 227-76819
E-Mail: wk@helmutscholz.eu
Newsletter: kurzselinks.de/khio

bedeutet, geht es vielen darum, innerhalb der EU nicht mehr darüber nachdenken zu müssen, welche nationalen Grenzen sie überschreiten: ein Auslandsstudium ohne Visum oder das unkomplizierte Besuchen von Freund*innen und Familie im Nachbarland! Andere hingegen denken sofort an die Europawahlen, und wiederum andere haben bislang gar keine Vorstellungen davon, wie die EU ihren Alltag beeinflusst – geschweige denn, welche Rechte Ihnen als EU-Bürger*innen eigentlich zustehen.

Helmut Scholz

Bundestag und Kommune

Reiche Kinder sind der Ampel mehr wert als arme Kinder!

Drei Mio. Kinder leben in Deutschland in Armut. In der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt wohl gemerkt. Diese Tatsache müsste jeder Regierung peinlich sein. Der Ampel aber scheinbar nicht. Aus der Kindergrundsicherung ist eine Nebelkerze geworden. Statt zwölf Mrd. gibt es nur zwei Mrd. Euro zusätzlich für Kinder. Und davon geht noch allein eine halbe Mrd. für die Schaffung einer neuen Behörde drauf, für Bürokratie also.

Als wäre das nicht skandalös genug, ist im Zuge der Haushaltsberatung bekannt geworden, dass die Ampel in diesem Jahr zwar den steuerlichen Kinderfreibetrag erhöhen

will, aber nicht den Satz für das Kindergeld. Das führt dazu, dass Kinder in Spitzenverdiener-Familien mehr Geld bekommen, aber Kinder von Normal- oder Geringverdienenden leer ausgehen. Erst ab einer gewissen Einkommensgrenze ist der steuerliche Freibetrag nämlich günstiger als das Kindergeld. Das ist ein Affront gegenüber und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Die Reallöhne sind um sechs Prozent geschrumpft, die Menschen sind ärmer geworden. Millionen Alleinerziehende und Familien müssen nach vier Jahren Krise und zwei Jahren Inflation jeden Euro dreimal umdrehen. Für die ist es

blanker Hohn, wenn das Kindergeld gleichbleibt, aber die Spitzenverdienenden über die Steuererklärung entlastet werden.

Es ist schon heute ungerecht, dass Kinder von Spitzenverdienern über den Freibetrag mehr Geld bekommen als Kinder armer Familien über das Kindergeld. Konkret: Spitzenverdienende erhielten 2023 im Monat durch den Kinderfreibetrag umgerechnet 373 Euro, Gering- und Normalverdienende über das monatliche Kindergeld nur 250 Euro. Ein Skandal, denn alle Kinder gehören gleich gut abgesichert!

Christian Görke



Foto: Olaf Krostitz

Kontakt

Christian Görke, MdB
Die Linke im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-78218
E-Mail: christian.goerke@bundestag.de

Landtag und Kommune

Was tun, wenn Vonovia überzogene Betriebskostenabrechnungen zustellt?

Kurz vor Weihnachten ereilte knapp 300 Mietparteien einer Vonovia-Siedlung in der Potsdamer Nachbargemeinde Seddiner See ein Schock: die Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen für 2022. Der Immobilienkonzern verlangte von seinen Mieter*innen nicht nur Nachzahlungen von bis zu 3.000 Euro, sondern vervielfachte gleichzeitig die Abschlagszahlungen für die kommenden Monate. Ja, gestiegene Energiepreise belasten momentan leider viele Haushalte, aber ein genauer Blick in die Vonovia-Abrechnungen lohnt sich. **Wir waren Anfang Januar mit zwei Anwälten des Sozialberatungsteams der Potsdamer Linken in Seddin, um erste Hilfe zu leisten. 80 Mieter*innen suchten uns auf.**

Organisiert euch, denn fehlerhafte Betriebskostenabrechnungen scheinen System zu haben!

Fehlerhafte Betriebskostenabrechnungen, bei denen nicht erbrachte Leistungen in Rechnung gestellt werden, sind absolut keine Seltenheit bei Vonovia. So sollen Mie-

ter*innen bspw. für eine nie erfolgte Dachrinnenreinigung zahlen. Doch nur wer fehlerhafte Abrechnungen beanstandet, hat die Chance, einen Nachlass oder eine Erstattung zu erwirken. Der Großteil der Mieter*innen widerspricht den Kostenabrechnungen jedoch meist nicht, weil die Verunsicherung zu groß ist und die zeitlichen Kapazitäten fehlen. Genau deswegen ist es wichtig, sich zu organisieren und die Nachbarschaft zusammenzubringen. Vielleicht hat bereits eine Person erfolgreich Zahlungsnachlässe erwirkt und kann den Nachbar*innen verraten, wie das gelingt. Eine andere Person hat vielleicht genau beobachtet, dass die zur Dachrinnenreinigung beauftragte Firma nach zehn Minuten wieder gefahren ist, ohne einen Handschlag zu tätigen. All das gilt es, gemeinsam zu sammeln, zu dokumentieren und dann möglichst viele Nachbar*innen zu einem Widerspruch zu motivieren. Wer sich allein mit einem riesigen Immobilienunternehmen und einer Schar von Anwalt*innen konfrontiert sieht, fühlt sich ohnmächtig und gibt

nach. Gemeinsam mit den Nachbar*innen kann es aber gelingen.

Widerspruch einlegen!

Jede Betriebskostenabrechnung ist individuell und muss auf der Basis des bestehenden Mietvertrages bewertet werden. Dennoch gibt es ein paar allgemeingültige Grundsätze. Es ist bspw. ratsam, Einzugsermächtigungen zu stoppen, Nachzahlungen nicht zu leisten und dem Vermieter schriftlich mitzuteilen, dass man der Betriebskostenabrechnung widerspricht und so lange vom Zurückbehaltungsrecht Gebrauch macht, bis Akteneinsicht in alle relevanten Verträge gewährt wurde. Musterschreiben für den Widerspruch gegen Betriebskostenabrechnungen gibt es z. B. auf der Website der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt. Bereits im ersten Widerspruch sollten konkrete Gründe, die am besten zuvor in der Nachbarschaft gesammelt und dokumentiert wurden, benannt werden. Die Akteneinsicht sollte in alle damit im Zusammenhang stehenden Verträge beantragt werden.

Unsere Forderung bleibt: Vonovia und Co. enteignen!

Vonovia wird seine Betriebspraxis nicht von allein ändern. Dazu braucht es politischen Druck. Dass Vonovia und andere Immobilienkonzerne überhaupt so groß wurden, liegt an politischen Entscheidungen wie der anhaltenden Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände. Unsere Forderung bleibt daher: Vonovia und Co. müssen enteignet und die dringend benötigten Wohnungsbestände vergesellschaftet werden!

Marlen Block und
Isabelle Vandré

Kontakt

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion Die Linke
im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Telefon: 0331 966-1533
E-Mail: isabelle.vandre@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: [facebook.com/isabelle.vandre](https://www.facebook.com/isabelle.vandre)

Die milliarden schwere Care-Arbeit

Wann geht der Arbeitstag für viele los? Wenn der Wecker klingelt oder erst beim Ankommen auf der Arbeit?

Dies liegt im Auge des Betrachters. Für manche beginnt der Arbeitstag am Arbeitsplatz im Betrieb oder Büro, für viele andere zu Hause: Kinder wecken und anziehen, Brote schmieren, liegengebliebenen Haushalt erledigen. Dies zieht sich bei den meisten den ganzen Tag durch. Viele sehen es als selbstverständlich an, da es meist aus Liebe passiert, dabei vergisst man, wie viel Mühe und Zeit so etwas verlangt. Um es auf den Punkt zu bringen: das ist Arbeit, die nicht bezahlt wird. Care-Arbeit (reproduktive Arbeit) wird überwiegend von Frauen verrichtet, auch in Deutschland. Laut

dem Familienministerium verrichten Frauen jeden Tag 87 Minuten mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer, insgesamt vier Stunden und 13 Minuten. Würde diese Arbeit entlohnt werden, kämen laut Statistischem Bundesamt jährlich mind. 500 Milliarden Euro zusammen. Dabei ist noch nicht einmal die mentale Belastung vieler Menschen durch Organisation des Haushalts und Alltags, so was wie Arzttermine koordinieren, Geburtstage planen, Besorgungen machen und Hobbys der Kinder ermöglichen, eingerechnet. Viele Feminist*innen fordern seit den 1970er Jahren »Lohn für Hausarbeit«. Auch noch heute ist es häufig so, dass Frauen nur Karriere machen können, wenn sie Haushalt und Fürsorge auslagern. Die Idee des Care-Lohns war damals schon umstritten, auch unter vielen Feminist*innen. Erzie-

hung und Hausarbeit gehört gesellschaftlich und partnerschaftlich gerecht aufgeteilt. Bei Care-Arbeit geht es nicht nur um die Schneise zwischen Frau und Mann, sondern auch zwischen arm und reich. Wer es sich leisten kann, gibt Sorgearbeit an Babysitter, Putzkräfte etc ab, d. h. Sorgearbeit wird defamiliarisiert und zu einer Dienstleistung, die oft schlecht bezahlt ist oder gar als Schwarzarbeit erledigt wird. Das Thema ließe sich noch ewig ausweiten und wird sich auch zukünftig nicht einfach vom Tisch fegen lassen. Es wird immer in der Gesellschaft aktuell bleiben,

mal mehr, mal weniger. Gleichstellung und Gleichberechtigung fängt schon bei vermutlich kleinen Themen an.

Svenja Lübbert, Ludwigsfelde



**links
jugend
[solid]**
TELTOV-FLÄMING

Tausende bei Demo gegen Rechts

Nach den Enthüllungen über ein Treffen von Rechtsradikalen mit AfD-Politikern in Potsdam haben am 14. Januar auf dem Alten Markt in Potsdam Tausende Menschen für Demokratie und gegen Rechts-Extremismus demonstriert.

Hintergrund des Protests war die Berichterstattung über ein Treffen in Potsdam, bei dem über einen Plan zur massenhaften Vertreibung von Migrant*innen gesprochen worden war. Diese Pläne erinnern an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte.

Zahlreiche Potsdamer Initiativen des Toleranzbündnisses »Potsdam bekennt Farbe« hatten zu dieser Demo auf dem Alten Markt aufgerufen. Es war die wahrscheinlich größte Demonstration in Potsdam seit 1989 – ein deutliches Zeichen gegen rechte Ideologien. Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert war als Vorsitzender des Toleranzbündnisses der Hauptredner. Er sagte: »Wir zeigen, wir sind viele und wir werden es ganz Deutschland zeigen, dass wir nicht allein sind. Es ist Zeit, Farbe zu bekennen. Wir lassen uns unser Land, unsere Demokratie, nicht von den neuen Nazis stehlen«.

Auch Mitglieder der Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« nahmen an der Demonstration teil und zeigten auf den Treppen vor der Nikolai-Kirche das Transparent »Zossen zeigt Gesicht«.

Demokratie ist nicht selbstverständlich und muss stetig neu gelernt, erarbeitet und, wie wir jetzt erleben, täglich verteidigt werden. Zu lange hat die demokratische Mehrheit geschwiegen«, sagte dann auch treffend Sebastian Walter, Vorsitzender der Linken in Brandenburg und im Landtag.

Carsten Preuß, Zossen



Sebastian Walter während seiner Rede



Der Alte Markt vor dem Landtag war voller Menschen.

Holocaust-Gedenken

Am 27. Januar 1945 wurde das Vernichtungslager Auschwitz von sowjetischen Soldaten befreit. Was sie dort entdecken mussten, lässt der Welt, lässt uns noch heute den Atem stocken vor Abscheu und Entsetzen. Mehr als eine Million Menschen waren allein in Auschwitz zwischen März 1942 und November 1944 in einem beispiellosen Vernichtungswillen ermordet worden. »Auschwitz« steht heute als Begriff für den nationalsozialistischen Rassenwahn. Unser Gedenken ist an diesem Tag bei den Millionen von Opfern dieses unsäglichen Mordens: Juden zuallermeist, aber auch Sinti und Roma, Homosexuelle, Behinderte, Kriegsgefangene, Menschen, deren Leben eine Politik mörderischen Rassenwahns sich angemaßt hatte, für »lebensunwert« zu erklären. Aber unser Gedenken beschränkt sich nicht auf diesen einen Tag. Auch nach der Befreiung von Auschwitz

ging das Morden weiter, in Belsen, Buchenwald und anderswo bis zum endgültigen Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Und mehr noch als gedenken sollten, ja müssen wir uns erinnern an das, was in deutschem Namen vor allem den Juden angetan wurde: »Ein ganzes Volk«, wie SS-Führer Himmler propagiert hatte, »von der Erde verschwinden zu lassen« – und mit ihm seine Religion, seine Kultur. Unter diese deutsche Geschichte lässt sich kein wie immer gearteter »Schluss-Strich« ziehen. Jeder Versuch, sich aus der historischen Verantwortung zu stellen, ist zum Scheitern verurteilt. Dabei darf das Erinnern keine »Strafe« sein oder als »Aufrechnung« einer »deutschen Schande« denunziert werden. Das Erinnern ist vielmehr unser Schutzschild – auch gegen ein Bedürfnis, das sich angesichts der ungeheuren Verbrechen sträubt, unsere Geschichte anzunehmen.

Aber ohne Geschichte gibt es keine Zukunft. Auch der jungen Generation, die an den Verbrechen der NS-Zeit nicht beteiligt war, muss gesagt werden: Was damals geschehen ist, wird und darf nicht vergessen werden. Erinnern ist nicht nur eine Aufgabe des Verstandes, sondern auch der Herzen. Auch 54 Jahre »danach«, nach einem halben Jahrhundert friedlicher und demokratischer Entwicklung, bedürfen Menschen der Widerstandskraft

ganz gewöhnlicher humaner und moralischer Maßstäbe und Tugenden, die auch in außergewöhnlichen Zeiten Bestand haben. Die Verankerung unseres Gemeinwesens im Versprechen der Demokratie, in Toleranz und Rechtsstaatlichkeit, unsere Zugehörigkeit zu einem vereinten, friedlichen Europa sind starke Abwehrkräfte, um eine Wiederholung der Barbarei zu verhindern.

Maritta Böttcher, Jüterbog



Gedenken in der Jüterboger Schillerstraße

Die Grundlagen des Argumentierens

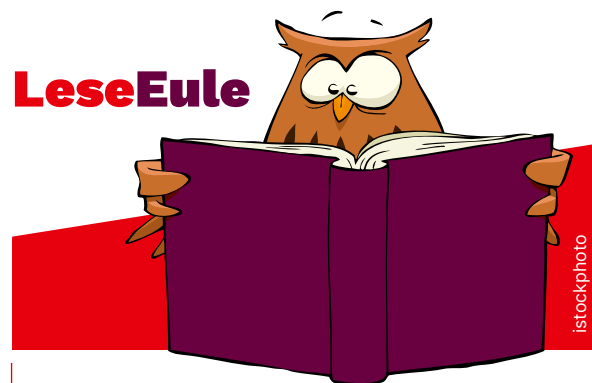
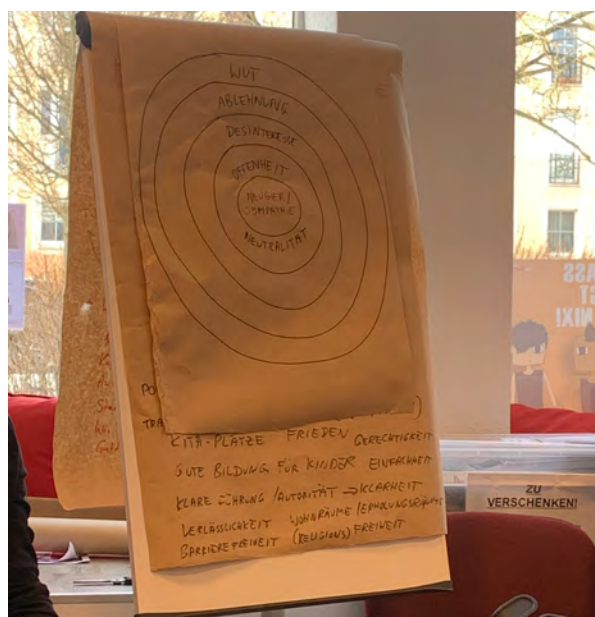
Wie sollten wir mit verschiedenen Menschen diskutieren? Mit dieser Fragestellung haben wir uns am 19. und 20.01.2024 in Ludwigsfelde beschäftigt. Christian Wirrwitz ist Dozent, Trainer und Coach für Argumentation, Rhetorik, Zeitmanagement und Personalführung. Mit ihm haben wir gemeinsam erarbeitet, wie wichtig die Art der Kommunikation mit unseren Mitmenschen ist. Der Workshop wurde positiv angenommen. Zusammen konnten wir uns vieles erarbeiten und uns rhetorisch verbessern. Ein großer Teil des Workshops fand in Gruppenarbeiten statt. Oft ging es darum, private Themen mit politischen Inhalten in Verbindung zu bringen. Der Workshop war geprägt durch Präsentationen und Reden, die wir in kürzester Zeit ausarbeiten und möglichst frei präsentieren durften. Es ging auch darum, herauszufiltern, weshalb Menschen Vorbehalte gegenüber der Linken haben und wie wir damit umgehen können. Es wurden verschiedenste Szenarien durchgespielt. Mal mit Menschen, die uns wohlgesonnen sind, mal mit Menschen die uns gegenüber sehr skeptisch sind.

Viele gute Hinweise für unser künftiges Auftreten konnte uns Christian geben. Ein guter Tipp war zum Beispiel, dass wir unsere Redebeiträge vorab mehrmals mit unserem Handy aufnehmen können. Durch die stetige Wiederholung der Rede und das Verbessern des Redebeitrags lernen wir, unsere Reden frei zu halten. Reden, die frei gehalten werden, wirken authentischer. Diese Kunst gilt es möglichst zu erlernen. Nur wenn wir unsere Reden authentisch überbringen können, werden wir Menschen von unseren Inhalten überzeugen können.

Es wird auch Situationen in Wahlkämpfen geben, in denen wir uns unwohl fühlen. Es werden Situationen kommen, die herausfordernd sind und auch Situationen, in denen Menschen wütend auf uns reagieren werden. Wichtig ist es dann herauszufinden, woran es liegt. Liegt es an uns als Person? Liegt es an unserer Partei? Falls ja, warum? Hat sich bei der Person vielleicht über einen längeren Zeitpunkt Frust angestaut? Ist die Person generell von der Politik enttäuscht? Nicht jede ablehnende Haltung uns gegenüber ist eine verlorene Person für uns. Wenn wir herausfinden, welche Probleme diese Person hat, können wir ein Gespräch aufbauen und die Sorgen des Menschen ernst nehmen. Nicht immer werden wir Menschen von uns und unserer Partei überzeugen können, vielleicht können wir damit aber eine gänzlich ablehnende Haltung umkehren und den Weg zu einem konstruktiven Diskurs ebnen.

Tom Siedenber, Jüterbog

Fotos: T. Siedenber



Omri Boehm ist israelischer Philosoph aus Haifa. Er ist in Israel aufgewachsen, hat seinen Wehrdienst beim israelischen Geheimdienst absolviert und dann an verschiedenen Universitäten innerhalb und außerhalb von Israel studiert. Er lebt heute in den USA und in Deutschland und unterrichtet in New York.

Länger schon beschäftigt er sich mit einer möglichen Zukunft Israels und Palästinas und ist dazu auch hier in Talkshows und bei Interviews, z.B. bei Jung & Naiv, zu Gast. 2020 veröffentlichte er zu dem Thema Israel – eine Utopie. Darin setzt er sich mit der Geschichte der Region auseinander und erklärt, warum er eine Zweistaatenlösung für gescheitert hält und warum ein Festhalten daran ein Leugnen der Realität und der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte ist. Er beschreibt, wie sich die israelische Regierung zu einer immer rechten entwickelt hat, die heute auch die AfD rechts überholt hat, die strategische Instrumentalisierung des Holocausts, wie die Unterdrückung der Palästinenser immer drastischer wurde, und wie auch für nicht-orthodoxe Juden Israel nicht mehr sicher wurde. Als Alternative plädiert er für eine binationale Föderation, in der Juden und Araber die gleichen Rechte haben, beide die Staatsbürgerschaft bekommen, die Möglichkeit zur Rückkehr in Gebiete, aus denen sie vertrieben wurden, haben, ein Land, in dem gleichermaßen und gemeinsam dem Holocaust und der Nakba (die Vertreibung und Ermordung der Araber 1948) gedacht wird. Dabei besinnt er sich auf die Wurzeln des Zionismus und findet zur Definition eines liberalen Zionismus, für den die Selbstbestimmung des jüdischen Volks nicht mit einem reinjüdischen Staat gleichzusetzen ist.

Zwar ist das Buch nun schon ein paar Jahre alt, aber gerade jetzt aktueller denn je und leistet einen wichtigen Beitrag, um einen tatsächlich gerechten Frieden für Araber und Juden zu ermöglichen.

Kim Just, Luckenwalde

Omri Boehm:
Israel – Eine Utopie

Propyläen Verlag
22,00 Euro

ISBN 978-3-549-10007-3



Dabei sein

Linkstreff Ludwigsfelde, Maxim-Gorki-Straße 10

**Linke Stunde –
Gesamtmitgliederversammlung**
Do., 07.03. und 04.04.,
jeweils 18:00 Uhr

Frauentagskaffeetafel
Fr., 08.03., 15:00 Uhr

Linker Seniorentreff
Di., 12.03. und 09.04.,
jeweils 10:00 Uhr

Linkes Frühstück
Sa., 23.03. und 20.04.,
jeweils 10:00 Uhr

**Rote Socken und mehr ...
Stricken und Häkeln**
Sa., 30.03. und 27.04.,
jeweils 10:00 Uhr

**Aktivengruppe Nord und
TGL-Vorstand**
Do., 18.04., 18:00 Uhr

Büro Luckenwalde, Zinnaer Straße 36

Beratung Redaktion Linksblick
Mi., 13.03., 17:30 Uhr

Beratung Kreisvorstand
Mi., 13.03., 19:00 Uhr

Beratung Kreisvorstand
Mi., 17.04., 19:00 Uhr

Büro Jüterbog, Große Straße 62

Forum zum Wahlprogramm
Di., 20.02., 19:00 Uhr

Frauentagsfeier
Fr., 08.03., 15:00 Uhr

Beratung Wahlen
Fr. 08.03., 19:00 Uhr

Regionalvorstand
Mo., 08.04., 19:00 Uhr

Überregional

Osterhasenfest
Sa., 30.03., 10:00–13:00 Uhr
Schloßpark, Jüterbog

Tag der offenen Tür
Sa., 13.04.
Alle drei Büros der Linken

**10. FrühLINKSempfang/
Neumitgliedertreff**
Fr., 19.04., 17:30 Uhr
Alte Schule, Petkus

Gesundheit und Pflege durch solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung finanzierbar

Wer kennt nicht die Frage: Sind sie privat oder gesetzlich Versichert? Während privat Versicherte meist sofort einen Termin erhalten, müssen gesetzlich Versicherte mitunter Wochen, gar Monate auf einen fachärztlichen oder therapeutischen Termin warten. Das jetzige Kranken- und Pflegekassensystem ist vor allem ein ungerechtes. Annähernd 100 Krankenkassen buhlen darum, wer den Versicherten das beste Angebot zum bestmöglichen Preis macht. Ein System, welches der Gesundheit der Menschen dienen sollte, ist auf Wettbewerbsfähigkeit ausgelegt. Weil, ganz nach Marktlogik, Wettbewerb wichtig sei. Es fördere Qualität und helfe zu wirtschaften. Doch steigt nicht unbedingt die Qualität, sondern die Ausgaben für Werbung, Marketing und Verwaltung und dies führt zu höheren Beiträgen, ohne das Versicherte einen Mehrwert davon haben. Zuzahlungen und Eigenanteile treffen vor allem geringverdienende Menschen, die sie an den Rand ihrer Existenz bringen. Dabei wäre eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle finanzierbar. Durch die Einführung der Solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung ist eine gerechte Versorgung, die dem aktuellen Stand der Medizin- und Pflegewissenschaft entspricht, für alle möglich. Wenn ALLE Bürger*innen einzahlen. Alle meint auch Beam*tinnen, Selbstständige und Angestellte mit hohem Einkommen sowie Berufspolitiker*innen.

Jede*r zahlt nach dem tatsächlichen Einkommen ein. Das heißt wer viel Einkommen hat, zahlt viel, wer wenig hat, zahlt wenig und wer gar kein Einkommen hat, zahlt nichts. Laut einer Studie, die Die Linke im Bundestag bereits 2017 in Auftrag gab, führt dies zur Senkung der Beiträge und zur Abschaffung von Zusatzbeiträgen und Eigenanteilen. Dies bedeutet eine Entlastung insbesondere der kleinen und mittleren Einkommen. Gleichzeitig ergeben sich Spielräume, um die medizinische und pflegerische Versorgung

zu verbessern und um Beschäftigte im Gesundheitsbereich besser zu bezahlen. Versorgungslücken, vor allem in den unterversorgten Regionen, können durch eine stabile und gerechte Finanzierung ebenfalls geschlossen werden. Also Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin!

Wir brauchen eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung.

Robert Kosin, Rangsdorf



Breites Bündnis startet Volksinitiative »Schule satt!«

In Folge der Krisen klappt die Einkommensschere in Deutschland immer weiter auseinander. Leidtragende sind vor allem die Kinder. Ungeachtet dessen nehmen aktuell weder der Bund noch das Land Brandenburg wirkungsvolle Maßnahmen in Angriff. Im Ergebnis werden die Forderungen nach der Einführung eines kostenlosen Schulmittagessens in den letzten Monaten lauter. Die Appelle kommen von Eltern, von Sozialverbänden, aus

brandenburgischen Kommunen, vom Landesschulbeirat und unter anderem auch vom Bürgerrat Ernährung. Daher startete Die Linke zusammen mit einem breiten Bündnis gesellschaftlicher Akteur*innen am 22. Januar die Volksinitiative »Schule satt!«. Gemeinsam werden Die Linke, DGB, Verdi, GEW, IG Metall, der Paritätische Landesverband Brandenburg e. V., der AWO Bezirksverband Potsdam, die Volkssolidarität Branden-

burg, die Kita-Elternbeiräte Cottbus und Potsdam, die LAG Sozialarbeit an Schulen, Shia e. V., der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) Brandenburg und der Frauenpolitische Rat Brandenburg landesweit Unterschriften sammeln. Unsere Forderung: ein kostenloses Mittagessen für alle Schulkinder der Jahrgangsstufen 1 bis 6. Infos und offizielle Unterschriftenlisten gibt es hier: www.schule-satt.de.

Teltow-Fläming in den Landtag!

Am 27. und 28. Januar 2024 fand in Templin die Landesvertreter*innenversammlung der Linken Brandenburg zur Aufstellung unserer Landesliste für die Landtagswahl 2024 statt. Der Landesvorsitzende Sebastian Walter stimmte die Delegierten auf das Wahlkampfbild ein. »Wir sind die Partei, die den Menschen die Zukunft sängste nehmen will und wird!« Er wolle der AfD mit »einer anderen Sozialpolitik den Boden unter den Füßen wegziehen«. Das gelinge aber nicht, wenn sich die Abgeordneten die Diäten immer weiter erhöhen, während die Arbeiter*innen nicht mehr wissen, wie sie ihre Einkäufe bezahlen sollen. Auch Gastredner Gregor Gysi machte mit seiner, wie üblich kämpferischen und zugleich humoristischen Rede, den Genoss*innen Mut: »Machen wir uns nicht kleiner als wir sind. Wenn wir nicht an uns glauben, wer soll es denn dann tun?«. Auch vor BSW, der neuen Partei von Sahra Wagenknecht, solle man sich als Linke nicht scheuen. »So viel Ego muss man erstmal haben eine ganze Partei nach sich zu benennen, das würde nicht mal mir einfallen.«, so Gysi. Trotz aller Stichelei gegen BSW soll aber jedem Linken klar sein, der Hauptgegner ist die AfD! Sebastian, der als Spitzenkandidat von Landesvorstand und -ausschuss vorgeschlagen wurde, wurde mit 87 % der Stimmen auf Platz 1 gewählt. Ihm folgen Katrin Dannenberg auf Platz 2 und auf 3 Isabelle Vandré, die sich bereits in dieser Wahlperiode intensiv in Teltow-Fläming eingebracht hat. Auf den weiteren Plätzen folgen Thomas Domres (landwirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion), Andrea Johlige (Migrationspolitik) und Ronny Kretschmer (Gesundheitspolitik), der vor allem mit seiner Kritik an den Krankenhausschließungen bei den Anwesenden viel Applaus erntete. Die Top 6 bestehen also durchweg aus erfahrenen Fachpolitiker*innen, die bereits jetzt in der Linksfraktion im Brandenburger Landtag sitzen. Kontinuität und Fachwissen sollen die Liste anführen. Mitkandidierende wie Ute Hustig (Bürgermeisterin von Nuthetal), Fritz Viertel (Vorsitzender der Volksinitiative »Verkehrswende Jetzt«) und Anja Kreisel (Vorsitzende der Linken in Frankfurt/O.) konnten sich auf den Topplatzierungen nicht durchsetzen, trotz guter eigener

Angebote. Dennoch sollte die gewählte Landesliste nicht als »Weiter so« betrachtet werden. Einerseits ist es das erklärte Ziel des Landesvorsitzenden, mit mindestens zehn Abgeordneten wieder in den Landtag einzuziehen, was ohne Ausgleichsmandate in etwa 10 % der Stimmen entsprechen würde. Zudem finden sich auf den folgenden Plätzen neue, junge Genoss*innen. Platz 7 ging an Yasmin Kirsten aus der Lausitz. Die 24-Jährige setzte sich gegen die nominierte Jugendkandidatin Patricia Usée durch. Sollte sie in den Landtag einziehen, will sie sich für Pflegekräfte und die Gesundheitsbranche allgemein einsetzen. Auf Platz 8 findet sich Andreas Büttner, Platz 9 ging an Carolin Schönwald aus Märkisch-Oderland. Besonders stolz sind wir als Linke Teltow-Fläming auf den Kandidaten, der sich auf Listenplatz 10 wiederfindet. Unser Genosse Tobias Lüb-

bert, ein engagierter Kämpfer für die Menschen und unsere Partei, konnte sich unter anderem gegen den ehemaligen Justizminister Stefan Ludwig durchsetzen.

Tobias überzeugte mit seiner ehrlichen und schonungslosen Rede über die Lebensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung. »Einkaufsmöglichkeiten schließen, Banken schließen, Arztpraxen schließen, Kneipen schließen, Krankenhäuser sollen schließen, Digitalisierung lahm, Kitas fehlt Personal und Busse fahren nicht.«, zählte er einen Teil der ländlichen Probleme auf, für die sich die SPD-CDU-Grüne-Landesregierung nicht genug zu interessieren scheint. Er konsterniert selbst: »Soziale Gerechtigkeit gibt es nicht. Profite der Krisen fließen in wenige Taschen, während die Rechnung von denen gezahlt werden soll, die eh immer weniger zum Leben haben. Das ist Klassenkampf von oben!«.

Laut Tobias müsse die Grundversorgung endlich dem Markt entzogen werden: »ÖPNV, Bildung, Wohnen, Digitalisierung, Gesundheitswesen und Pflege dürfen nicht daran scheitern, dass sie sich nicht rechnen.« Mit seiner Rede und dem klaren Hinweis darauf, dass nicht die Genoss*innen auf der Landesliste, sondern diejenigen, die jeden Tag ein Ohr für die Nöte und Wünsche der Bevölkerung haben, die echte Basis des Erfolgs der Partei bilden, überzeugte er die Anwesenden.

Auf den weiteren Plätzen finden sich Genoss*innen aus Teltow-Fläming auf Platz 16 (Robert Kosin), 33 (Franziska Lorenz) und 35 (Judith Kruppa).

Felix Thier, Kreisvorsitzender



Linke Politik
für Teltow-Fläming

1. Mai 2024 33. Familienfest

Die Linke Teltow-Fläming lädt ein.
Boulevard in Luckenwalde

14 Uhr: Eröffnung durch Felix Thier, Mitglied des Kreistages und Vorsitzender des Kreisverbandes Die Linke Teltow-Fläming
Zwischen 14 Uhr und 18 Uhr bei beliebter Live-Musik mit der Gruppe »Phönix«, Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr sowie

- der beliebten Tombola
- Kaffee und Kuchen
- Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD
- Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Quiz mit Sachpreisen
- Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

Für unsere kleinen Gäste:
OTTevent mit Hüpfburg und Bastelständen

Für das leibliche Wohl wird gesorgt.

Geldspenden können auf unser Konto (siehe letzte Seite) überwiesen werden. Sachspenden für die Tombola sind auch möglich.

Vor Ort und im Netz:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-teltow-flaeming.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE80 1605 0000 3633 0274 15

Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Papier sparen?

Bestellen Sie den Linksblick online und erhalten Sie ihn zukünftig per E-Mail: kurzelinks.de/vvon



Impressum

Herausgeber: Die Linke. Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de

Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de

Redaktionsschluss:
31. Januar 2024

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Auflage: 1.700, Februar 2024

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Nachgefragt

Marcel Wolf

Wo kommst Du her und wo bist Du jetzt?

Ich bin in Dinslaken (NRW) geboren und nach der Wende mit meinen Eltern nach Sachsen-Anhalt gezogen und dort aufgewachsen. Nach einem längeren Aufenthalt in Berlin lebe ich jetzt in Blönsdorf in der Gemeinde Niedergörsdorf im südlichen Teltow-Fläming.

An welchen Werten orientierst Du Dich?

Meine humanistischen Werte spiegeln sich in meinem Engagement für eine Gesellschaft wider, in der Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Suche nach Wissen zentral sind. Das beinhaltet natürlich auch, sich für einen mitfühlenden und einfühlsamen Umgang mit allen lebenden Wesen einzusetzen. Die »Gewaltfreie Kommunikation« halte ich für einen entscheidenden Weg, um mit mir und mit anderen in eine gute Verbindung zu kommen.

Was machst Du beruflich?

Ich arbeite bei Siemens in Leipzig. Dort werden auch die Schnellladensäulen für die Elektromobilität gebaut. Ich unterstütze die Teams vor Ort als Organisationsentwickler (SOE) in verschiedenen Rollen.

Wie engagierst Du Dich ehrenamtlich?

Ich bin in der Vollzugshilfe aktiv und begleite einen Menschen in einer JVA in Berlin bei der Resozialisierung. Außerdem bin ich Mitglied im Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg und im Fachverband Gewaltfreie Kommunikation.

Welche Rolle spielt Antikapitalismus in der digitalen Welt?

Ich arbeite seit Jahren in hochtechnischen Bereichen. Meines Erachtens muss Antikapitalismus nicht technikfeindlich sein. Ich bin überzeugt davon, dass die Technik



Foto: privat

auch zum Nutzen einer sozial gerechten Wohlstandsgesellschaft eingesetzt werden kann, insbesondere bei der ökologischen Transformation. Wichtige Traditionen, die dafür weiterverfolgt werden können, liegen etwa in der Open-Source-Bewegung, Dezentralen Strukturen und Systemen, Datensouveränität/Verschlüsselung.

Was sind Deine nächsten Schritte in der Partei?

Ich strebe eine Kandidatur als Gemeindevertreter in Niedergörsdorf an und hoffe, mich sinnvoll auf kommunaler Ebene einbringen zu können. Da für mich der Kontakt mit Menschen wichtig ist, möchte ich so viele Kontakte wie möglich knüpfen und mit Menschen reden.

Demonstration mit mehr als 500 Teilnehmenden in Rangsdorf

Am Sonntag, den 28.01.2024 zeigten über 500 Menschen am Rangsdorfer Rathaus Gesicht gegen den Rechtsruck und für Demokratie, Freiheit und Frieden. Unter dem Motto »Gemeinsam gegen den Rechtsruck, Rangsdorf bleibt bunt« hatte ein breites Bündnis aus Linke, Grüne, SPD, CDU, FDP und dem Grenzenlos e. V. die Demonstration mit 100 Teilnehmern angemeldet. Gekommen waren ca. sechs mal so viele (Zahlen: Polizeibericht & MAZ).

Unter anderem der Bürgermeister von Rangsdorf (Klaus Rocher, FDP), Vorsitzender der Gemeindevertretung (Andreas Muschinsky, CDU) und die Bürgermeisterin von Zossen (Wiebke Sahnin Schwarzweller, FDP) sprachen auf der Veranstaltung und bekundeten ihren Zuspruch zur Demokratie.

Der Rangsdorfer Geschichts- und Deutschlehrer Norbert Krüßmann hielt zu Beginn eine hochgelobte Rede, die erschreckende Zusammenhänge und Ähnlichkeiten zwischen NSDAP und AfD aufzeigte und

vor der bröckelnden Brandmauer gegen die Alternative für Deutschland warnte.

Doch auch in den Reden von Claire-Luise Heydick (Die Grünen/Grüne Jugend), Ines Seiler (SPD), Simon Krüßmann (Die Linke / linksjugend[solid]) und vielen verschiedenen Privatpersonen spiegelte sich der Wiederaufbau der Brandmauer und die bisher schweigende Mehrheit, die sich nun langsam errichtet, um für die Demokratie in Deutschland einzutreten.

Die Demonstration, zu der auch mittelständische Unternehmen und Sportvereine aufgerufen hatten, war ein voller Erfolg und wurde auch von der lokalen Presse (rbb, MAZ) mehrfach erwähnt.

Einen Gegenprotest gab es kaum – eine Rangsdorfer Telegram-Gruppe hatte zuvor zu einem »Spaziergang« aufgerufen, zu dem letztlich nicht mal zehn Personen erschienen, die sich angesichts der krassen Mehrheitsverhältnisse schnell wieder verabschiedeten.

Bürgermeister Klaus Rocher warnte in seiner Rede »Nie wieder ist nicht nur jetzt – Nie wieder ist auch morgen. Deswegen darf [diese Bewegung] mit dieser Demonstration nicht aufhören«. Entsprechend motiviert zeigte sich das Aktionsbündnis »Bündnis buntes Rangsdorf« unter dem Motto »Rangsdorf bleibt bunt« einen neuen Instagram-Kanal ins Leben zu rufen, um auch in Zukunft mehr Aktionen durchführen zu können.

S. Krüßmann, Rangsdorf



Foto: S. Krüßmann